

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) erläuterte, dieser erste Teil werde nicht mehr verändert und behandle eine Momentaufnahme des Arbeitsmarkts. Seit Mitte der 70er Jahre habe sich der Arbeitskräftemangel schlagartig in ein Überangebot umgekehrt. Die Arbeitslosigkeit habe im Januar 1996 die Vier-Millionen-Grenze überschritten. Die Zahl der Arbeitsplätze stagniere erst seit 1993. Seit der letzten Vollbeschäftigung 1973 sei die Zahl der Erwerbspersonen in Westdeutschland um mehr als sechs Millionen gestiegen durch geburtenstarke Jahrgänge, Über- und Aussiedler, Ausländer und Frauen. Angeblich zu hohe Löhne in Deutschland seien ein Scheinproblem. Die Arbeitsproduktivität sei gestiegen. Bei Lohnstückkosten liege Deutschland im Mittelfeld. Eine weitere „Rationalisierungspeitsche“ werde aber menschliche Arbeitskraft aus dem Arbeitsprozeß verdrängen. Die Erwerbsquote der weiblichen Bevölkerung liege in NRW unter dem Durchschnitt, daher werde es noch zusätzliche Nachfrage nach Arbeitsplätzen geben. In NRW gebe es auch mehr Langzeitarbeitslosigkeit. Die stille Reserve von 20 Prozent entspreche 185 000 Personen. Die Ergebnisse des Landes seien vom Ruhrgebiet geprägt. Die Enquete-Kommission wolle in einem Jahr politische Handlungsempfehlungen vorlegen. Er hoffe auf Übereinstimmung.

Helga Gießelmann (SPD) bezeichnete die Massenarbeitslosigkeit als Prüfstein jeder Politik in einer Zeit, in der Aktienkurse steil nach oben wiesen und die Börsen Unternehmen daran mäßigen, wieviele Menschen sie entließen. Die SPD nehme Wahlergebnisse, wie in Ostdeutschland, sehr ernst und habe deshalb die Enquete-Kommission beantragt. Seit 1980 seien eine dreiviertel Million neuer Stellen entstanden, seit 1995 werde aber auch bei den hochproduktiven Dienstleistungen rationalisiert. Bundesweit werde im Kreditgewerbe mit einem Stellenabbau um 30 Prozent in den nächsten Jahren gerechnet. Bei Konsum-Dienstleistungen hake es an der Binnennachfrage. Dienstleistungen stünden unter genauso gnadenlosem Produktionsdruck wie die Industrie. Neue Arbeitsplätze würden eher durch Neuzugänge als durch Arbeitslose besetzt. Der Anteil langzeitarbeitsloser Jugendlichen gehe zurück. „Lernende Regionen“ würden gebraucht, wo Weiterbildung gebündelt werde. Ein Recht auf Teilzeitarbeit für Eltern mit kleinen Kindern habe die Gleichstellungsministerin auf den Weg gebracht. Bei Teilzeit müsse NRW aufholen. Das Ziel, Zeiten der Arbeitslosigkeit durch Fortbildung, Neuqualifizierung und Wiedereinstieg in den Beruf zu ersetzen, sei eine Herausforderung, ebenso eine unverzichtbare Welle von Existenzgründungen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) dankte dem Vorsitzenden für anspruchsvolle, offene Verhandlungen und hielt den Zwischenbericht für ein auch bedrückendes Dokument. Der NRW-Arbeitsmarkt sei in einer dramatischen Situation und hinke deutlich hinterher. Die Arbeitslosenquote sei um ein Fünftel höher als im Rest der alten Länder. Ministerpräsident Clement sitze seit neun Jahren an den Schaltstellen der NRW-Politik und sei voll verantwortlich für die Situation. Nach Saarland und Niedersachsen habe NRW die dritthöchste Arbeitslosenquote. Weitere von Arentz zitierte NRW-Zahlen: im

Enquete-Kommission Zukunft der Erwerbsarbeit

Bedrückende Aussichten für Arbeitsmarkt NRW

Der Landtag debattierte am 18. Juni über den Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ (Drs. 12/3121), den der Vorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) vorstellte. Der Landtag beauftragte die Enquete-Kommission, ihre Arbeit fortzusetzen.



Abbau von Arbeitsplätzen bei Banken und Versicherungen einerseits, viel Schwarzarbeit und ein riesiges Arbeitspotential bei Dienstleistungen andererseits sehen die Kommissionsmitglieder auf NRW zukommen, v. l. Professor Friedhelm Farthmann (SPD, Vorsitzender der Enquete-Kommission), Hermann-Josef Arentz (CDU), Brigitte Herrmann (GRÜNE), Arbeitsministerin Ilse Brusis (SPD).
Fotos: Schälte

aktuellen Wirtschaftsaufschwung sei die Arbeitslosigkeit in Bayern doppelt so stark zurückgegangen wie in NRW, wo die bekannten Mehrheiten besonders lange an den alten Strukturen festgehalten hätten, sich verhärtender Sockel von Langzeitarbeitslosen, extrem niedrige Erwerbsquote, 128 Unternehmensgründungen pro 100 000 Einwohner gegenüber 191 in Bayern, weniger Ausbildungsplätze, zehn Prozent arbeitslose Jugendliche gegenüber fünf Prozent in Bayern. Die Absicht, das vom Bundestag mit Mehrheit verabschiedete Gesetz zur Beteiligung am Produktivvermögen durch die SPD im Bundesrat zu stoppen, sei unerträglich.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) erhoffte sich von der Enquete-Kommission Besserung auf dem Arbeitsmarkt und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft für mehr Menschen. Höchstgewinne der Unternehmen, Höhenflüge an der Aktienbörse, gleichzeitig ständig mehr Erwerbslose stellten die Demokratie in Frage. Auf Polemik solle verzichtet und um politische Lösungen gestritten werden. Bei Erwartungen an die Gentechnik seien die GRÜNEN anderer Meinung. Die hoffnungslose Situation von Jugendlichen darzulegen, gleichzeitig den Ausbildungskonsens NRW zu loben, die Umlage aber abzulehnen, löse die Probleme nicht. Es werde harte inhaltliche Auseinandersetzungen geben. Das Potential Erwerbsloser werde weiter steigen, das Volumen bezahlter Arbeit sinken. Unbezahlte Arbeit müsse umgewandelt werden. Das veränderte Bewußtsein der Frauen verursache das Dilemma. Der 40 Jahre vollzeitbeschäftigte Mann dürfe nicht länger im Mittelpunkt von Versorgung stehen. Dienstleistungen blieben immer von der Wertschöpfung der Produktion abhängig. Im Münsterland gebe es überdurchschnittliche Beschäftigungserfolge. Bei Banken und Versicherungen drohe massenhafter Personalabbau. Statt von einer Zweidrittel- werde bereits von Ein-fünftelgesellschaft gesprochen.

Arbeitsministerin Ilse Brusis (SPD) beschrieb die Sonderrolle des Ballungsraums Ruhrgebiet und die Arbeitsmarktprogramme in NRW. Bei modernen sozialverträglichen Arbeitszeitmodellen müßten europäische Entwicklungen beachtet werden, damit NRW wettbewerbsfähig bleibe.

Laurenz Meyer (CDU) mahnte, den Bericht nicht mit Scheuklappen zu lesen. In sieben Jahren seien 1,1 Millionen Menschen zugewandert, davon etwa die Hälfte erwerbsfähige Nachfrager. Und der größte Teil der Langzeitarbeitslosen seien junge Leute ohne Ausbildung. Im Ruhrgebiet gebe es bei hoher Arbeitslosigkeit auch ein hohes Einkommensniveau. Der Zusammenhang mit der Lohnhöhe sei zu beachten, auch bei Tarifverhandlungen. Effizienter Mitteleinsatz sei anzumahnen. Es müsse umgedacht werden.

Heidi Berger (SPD) stellte auf den besonderen Strukturwandel im Ruhrgebiet und erhebliche Leistungen des Landes ab, wie 23 000 Neugründungen pro Jahr seit 1996. NRW stabilisiere Existenzgründungen über das 3. bis 5. Jahr hinaus als einziges Land. Das kooperative Klima der regionalisierten Strukturpolitik könne weiterentwickelt werden. Wirtschaftspolitik für Modernisierungsgewinner und Sozialpolitik für Verlierer solle es nicht geben. Bei neuen Technologien würden Grenzen der Arbeitsdichte und -geschwindigkeit erreicht. Flexible Arbeitszeiten hätten auch Schattenseiten. Deutschland könne viel von den Niederlanden lernen.

Wirtschaftsminister Bodo Hombach (SPD) hielt für den Auftrag der Kommission, herauszuarbeiten, was das Land tun könne, und gab dem CDU-Redner recht, das Lohnniveau im Ruhrgebiet sei überdurchschnittlich hoch. Neue Arbeit durch neue Unternehmen werde gebraucht. Gründungen müßten forciert werden. Chemie und Stahl seien nicht mehr die Jobmaschinen. Es werde nicht mehr um Produkte und Lieferzeiten konkurriert, sondern nur um den Preis. Wenn es ernst werde, müßten alle Kräfte zusammengebracht werden. Während wir redeten, handelten andere. Die Probleme der Arbeitslosigkeit seien mit ein bißchen Konjunktur nicht zu lösen. Einem Riesenspotential an Dienstleistungen stehe ein gewaltiges Potential an Schwarzarbeit und brachliegendes Potential gegenüber. NRW habe als einziges Bundesland einen positiven Gründungssaldo.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) bezweifelte die Aussagekraft von Statistiken und vermaßte Konzepte der CDU.